

**Grußwort**  
**zur Eröffnung der Konferenz**  
**„National Experiences – European Challenges“**

„Learning and living democracy“, so lautet das Motto des vom Europarat ausgerufenen europäischen Jahres für Demokratieerziehung 2005. Demokratie kann nur im Einklang mit gelebten und genutzten demokratischen Rechten geübt und ausgeübt werden, das beinhaltet dieses gut gewählte Motto. Auf dieser Konferenz, die eine erste Bilanz des europäischen Jahres mit seinen vielfältigen Aktivitäten in den Mitgliedsstaaten des Europarats ziehen will, haben diejenigen, die sich in den Ländern für eine demokratische politische Bildung engagiert haben, die Möglichkeit, ihre Ergebnisse zu präsentieren und gemeinsam über die Weiterentwicklung ihrer Ansätze nachzudenken. Ich freue mich, dass dieser Kongress, der das Produkt gemeinsamer europäischer Anstrengungen ist, mit einer so großen und aktiven Beteiligung stattfindet. Ich freue mich auch, dass ich hier als Bundesminister des Innern deutlich machen kann, dass politische Institutionen und aktive Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dasselbe Anliegen haben: den Dialog zwischen Politik und Bürgern zu verbessern und sich gemeinsam für eine stärkere Beteiligung der Menschen und damit für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Europa einzusetzen.

Ich möchte allen Beteiligten, die diesen Kongress grenzüberschreitend unterstützt und vorbereitet haben, für ihr vorbildliches Engagement danken. Nennen möchte ich beispielhaft für die vielen Mitwirkenden Frau Sigrid Steininger vom österreichischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Hannelore Chiout, Vorsitzende des Netzwerks DARE, Herrn János Tóth, Präsident der EAEA und natürlich, last not least, den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Herrn Thomas Krüger und sein Team. Sie sind damit bereits Teil der europäischen Öffentlichkeit, die Sie schaffen wollen. Ich bin sicher, dass viele der Praxisbeispiele und eindrucksvollen Projekte, die in den nächsten Tagen hier vorgestellt werden, das Vertrauen in die europäische Einigung verstärken werden. Sie ergänzen perfekt die Initiativen der Europäischen Kommission, die z.B. eine stärkere Transparenz von Ratssitzungen, die Förderung von europäischen Netzwerken und Projekten und von Vorhaben zur Steigerung der Wahlbeteiligung vorsehen.

Frau Wallstöm, Vizepräsidentin der europäischen Kommission und Kommissarin für Kommunikation, setzt sich mit aller Kraft für diese Initiativen und den demokratischen

Dialog, den sogenannten „Plan D“, ein. Für funktionierende Kooperationen und Netzwerke, letztlich für die Entwicklung einer demokratischen Kultur, brauchen wir zivilgesellschaftlich engagierte Bürger genauso wie Menschen, die sich in politischen Institutionen dafür stark machen. Netzwerke können, wie man aus Erfahrung weiß, nicht von oben organisiert werden, sie entstehen dann, wenn ein Bedürfnis dazu vorhanden ist – um gedeihen zu können, bedürfen sie im weiteren allerdings durchaus der Förderung durch die Politik. Diese Unterstützung will die Europäische Kommission ausdrücklich leisten. Auch eine europäische Öffentlichkeit wird keine separate Neubegründung eines transnationalen öffentlichen Raums sein können, wohl aber eine Verschränkung bestehender nationaler Öffentlichkeiten. Dazu müssen die europäischen Länder beitragen, indem auf nationaler Ebene der Dialog auf breiter Grundlage unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Repräsentanten in den Parlamenten stattfindet.

„Learning and living democracy“ – Demokratielernen und -leben ist ein anspruchsvolles Ziel, das immer wieder neu erarbeitet werden muss. Das gilt auch bei Fragen der sozialen Integration, die sich überall in Europa stellen. Integration ist nur dann erfolgreich, wenn sie mit erfahrbarer Demokratie und erlebbarer Zugehörigkeit verbunden wird. Wir haben eine große Verantwortung, bei uns lebende Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, aufzunehmen, sie zu qualifizieren und in unseren Arbeitsmarkt einzugliedern. Gemeinsam sollten wir ein Grundklima schaffen, in dem Fremdheit nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden wird. Das wird ein Schwerpunkt dieser Regierung sein. Gleichzeitig dürfen wir aber auch erwarten, dass Menschen, die die Möglichkeit erhalten, mit uns zu leben, es ihrerseits als Bereicherung empfinden, unsere Sprache zu erlernen, unser Bildungssystem zu nutzen und sich in unsere Gesellschaft und Rechtsordnung einzugliedern. Politische Bildung hat hierbei eine große Bedeutung. Denn wir haben viel anzubieten: Die Vorzüge unseres Rechtsstaats müssen wir offensiv vertreten und auf der Einhaltung der Regelwerke bestehen. Wir haben allen Grund, auf die sozialen Bürgerrechte stolz zu sein, etwa das Recht auf Bildung und auf Gesundheitsversorgung, auf die Schutzrechte, die die Bürger dem Staat gegenüber haben, auf die Grund- und Freiheitsrechte und die Fähigkeiten, die wir erlernen konnten, Konflikte gewaltlos zu lösen. Andererseits können auch wir viel lernen über andere Kulturen, Traditionen, Lebensweisen und Religionen. Wir sollten uns alle die Fähigkeit aneignen, aufgrund von Wissen anstatt von Vorurteilen und Ängsten zu differenzieren und Fremdes wahrzunehmen ohne abzuwerten.

In einer Veranstaltung, die maßgeblich von der Bundeszentrale für politische Bildung mitgestaltet wird, darf auch einmal daran erinnert werden, dass gerade wir Deut-

schen gute Erfahrungen machen durften mit der Verbindung von „Learning and living democracy“. Politische Bildung nach dem Zweiten Weltkrieg war damals nicht nur eine Auflage der Besatzungsmächte, sondern zumindest in manchen Bereichen auch Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements. So gründete z.B. Arnold Bergsträsser, der Deutschland während des Nationalsozialismus verlassen musste und in Chicago lehrte, nach seiner Rückkehr das Institut für politische Bildung Buchenbach in Baden-Württemberg und war maßgeblich beteiligt an der Politischen Akademie Tutzing/Bayern wie auch an der Einführung des Gemeinschaftskundeunterrichts an höheren Schulen. Politische Bildung wurde damals, auch in Gestalt der Bundeszentrale und der Landeszentralen für politische Bildung, zu einem äußerst wirksamen Instrument zur Entwicklung unserer demokratischen Kultur.

Wir haben damals und seither die Erfahrung gemacht, dass Demokratie nicht „von oben“ verordnet werden kann, sondern erfahren und gelebt werden muss. Eben dies ist nun unter neuen und völlig anderen Voraussetzungen auf europäischer Ebene zu leisten. Der „europäischen Demokratie“ fehlt an vielen Stellen noch diese „Erfahrbarkeit“. Wir können auch nicht von einem selbstverständlichen Bestand an Grundwissen und einer informierten und bewussten Zustimmung aller Bürgerinnen und Bürger zu Europa ausgehen. Das hat sich in Umfrage- und teilweise auch Wahlergebnissen gezeigt: Viele EU-Bürger sehen die Wirkungen der europäischen Einigung primär noch unter negativen Vorzeichen und nehmen die erreichten Verbesserungen und Leistungen zu wenig zur Kenntnis. Es ist deutlich geworden, dass die über die Parlamente der Mitgliedstaaten vermittelte Legitimation nicht die europäische Öffentlichkeit ersetzt. Die parlamentarische Debatte muss durch die öffentliche Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Meinungen und Interessen bereichert werden. Mit Öffentlichkeit in diesem Sinne meine ich die Bürgergesellschaft mit ihren verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen. Die Medien haben hierbei eine wichtige Rolle als Bindeglied. Dabei sollte es darauf ankommen, europäische Fragen mehr und mehr aus gemeinsamer europäischer Sicht und nicht nur aus der Perspektive nationaler Interessen wahrzunehmen.

Die Notwendigkeit für einen grenzüberschreitenden Bildungsaustausch und für die Unterstützung demokratischer Reformen und einen gemeinsamen Dialog ist in den europäischen Institutionen sehr wohl erkannt worden. Sie stellt auch eine Reaktion auf die Ablehnung des Verfassungsvertrags durch die Mehrheit der Franzosen und Niederländer im Frühsommer 2005 dar. Dem Streben nach Bürgernähe liegt aber die grundsätzliche Einsicht zugrunde, dass auch ein Zwischengebilde wie die Europäische Union, die zwar mehr als eine internationale Organisation, aber dennoch kein Staat ist, der Legitimation durch die EU-Bürger bedarf. Denn die Unionsbürger sind

zugleich Staatsbürger und damit von der unmittelbaren Geltung wichtiger Teile des Gemeinschaftsrechts in den Mitgliedstaaten betroffen. Daher müssen sie ihre Rechte kennen und wahrnehmen.

Auf der Ebene des Europarates wurden Initiativen wie z.B. 1997 das Projekt : „Education for Democratic Citizenship“ ins Leben gerufen, um herauszufinden, welcher Werte und Fähigkeiten es für die einzelnen bedarf, um zu partizipierenden Bürgerinnen und Bürgern zu werden und wie diese Fähigkeiten vermittelt werden können. Mittlerweile sind daraus viele bi- und multilaterale Kooperationen, Studien und Projekte entstanden. Politische Bildung hat sich wieder als ein wichtiges Instrument zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit erwiesen. Ich bin zuversichtlich, dass wir im Zusammenspiel von Institutionen und Zivilgesellschaft, für das dieser Kongress auch steht, einen großen Schritt hin zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger weiterkommen werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen interessanten Erfahrungsaustausch und viele neue Anregungen.

Dr. Wolfgang Schäuble  
Bundesminister des Innern